

Kommunale Finanzsituation in Mecklenburg-Vorpommern vor großen Herausforderungen

Kommunaler Finanzreport der Bertelsmann Stiftung: Kassenkredite bleiben konstant / rapide Einnahmeverluste absehbar / Hälfte aller Kassenkredite in Rostock und Schwerin

Gütersloh, 20. August 2013. Die Finanzlage der Städte, Gemeinden und Landkreise in Mecklenburg-Vorpommern ist stabil – die Herausforderungen der nächsten Jahre sind jedoch gewaltig. Das geht aus dem Kommunalen Finanzreport der Bertelsmann Stiftung hervor. Zwar sind die Kassenkredite, denen keinerlei Werte oder Investitionen gegenüber stehen, im Gegensatz zum Bundeschnitt konstant geblieben. Risiken bestehen jedoch in einer mittelfristig möglichen Anhebung des Zinsniveaus, dem absehbaren Ende des Solidarpakts und den erheblichen Bevölkerungsverlusten. Deshalb spricht sich die Bertelsmann Stiftung dafür aus, die kommunalen Finanznöte in der kommenden Föderalismusreform zu behandeln. Gleichzeitig sollte auch für die Kommunen eine wirksame Schuldenbremse erlassen werden.

Die Gesamtverschuldung der Kommunen in Mecklenburg-Vorpommern zum Stichtag (31.12.2011) betrug 1,9 Milliarden Euro. Das sind 377 Millionen Euro weniger als 2007. Die Kassenkredite blieben bei 549 Millionen Euro stabil. Im Bundesdurchschnitt stiegen sie um über 50 Prozent. Abgebaut wurde das Volumen der Investitionskredite. Die Kassenkredite machen dennoch bereits mehr als ein Viertel aller kommunalen Schulden aus. In Sachsen sind es nur 2 Prozent. „Die Stabilisierung ist nur ein scheinbarer Erfolg. Angesichts der kommenden Einnahmeverluste müssen die Kassenkredite so schnell als möglich abgebaut werden“, sagte René Geißler, Finanzexperte der Bertelsmann Stiftung und Mitverfasser der Studie.

Kassenkredite gelten als Kern der kommunalen Finanzkrise, weil sie ausschließlich der Liquiditätssicherung dienen. Sie sind damit Symbol der zunehmenden Handlungsunfähigkeit der Städte und Gemeinden. Mit steigenden Kassenkrediten wird auch der Raum für Investitionskredite und damit Bau und Instandhaltung von Straßen, Schulgebäuden und sonstiger städtischer Infrastruktur enger.

Die Kassenlage der Kommunen unterscheidet sich von Bundesland zu Bundesland erheblich. In Sachsen – das einzige Bundesland, dessen Kommunen seit 2007 die Kassenkredite spürbar reduzieren konnten – beträgt die kommunale Verschuldung durch Kassenkredite 13 Euro pro Einwohner. Am anderen Ende der Skala befindet sich das Saarland mit Pro-Kopf 1.754 Euro. In Mecklenburg-Vorpommern sind es 335 Euro.

Auffällig sind in Mecklenburg-Vorpommern die großen regionalen Unterschiede. Ein gefährliches Niveau haben die Kassenkredite in den Landkreisen Vorpommern-Greifswald und Mecklenburger Seenplatte erreicht. Die Hälfte aller kommunalen Kassenkredite tragen jedoch allein die beiden kreisfreien Städte Rostock und Schwerin.

Derzeit profitieren die verschuldeten Kreise und Gemeinden von den äußerst niedrigen Zinsen. „Die Normalisierung des Zinsniveaus schwebt wie ein Damoklesschwert über den Kommunen“, sagte René Geißler. Bedenklich ist, dass die Bauausgaben der Kommunen im Jahr 2011 pro Kopf unter dem Bundesdurchschnitt lagen; trotz Solidarpakt. Sie sind die geringsten unter den fünf ost-deutschen Ländern.

Ein weiterer Indikator der Finanzsituation ist die Relation von Geldschulden und Finanzvermögen, überwiegend Bareinlagen und Anteilsrechte an Unternehmen. In Mecklenburg-Vorpommern sind die Geldschulden rund doppelt so hoch wie das Finanzvermögen. Einzig in Baden-Württemberg werden die Schulden vollständig gedeckt. Im Saarland hingegen summieren sich die Geldschulden auf mehr als das Neunfache des Finanzvermögens.

Auf Kritik stößt im Finanzreport, dass ein immer höherer Teil der kommunalen Schulden sich nicht mehr im Haushalt befindet, folglich für den Bürger nur schwer sichtbar wird. 59 Prozent ihrer Schulden haben die Kommunen bundesweit inzwischen ausgelagert – etwa in Beteiligungen an Unternehmen für Versorgung oder Wohnungswirtschaft. Mecklenburg-Vorpommern liegt hier mit 67 Prozent oberhalb des Durchschnitts. „In der Auslagerung stecken Chancen und Risiken, in jedem Fall aber schrumpft die Transparenz für Stadträte, Bürger und Aufsicht“, sagte René Geißler.

Die Kommunen Mecklenburg-Vorpommerns sind struktur- und damit steuerschwach. Die Steuereinnahmen lagen 2011 pro Einwohner gerade einmal bei der Hälfte des westdeutschen Niveaus. Der Blick auf die Grundsteuer B, als eine kommunale gestaltbare Einnahmequelle, zeigt, dass die Gemeinden in ihren Hebesätzen leicht unter dem Bundesschnitt liegen (381 versus 398 Punkte). Schwerin hat im Zeitraum 2007 zu 2011 die bundesweit zweithöchste Steuererhebung aller kreisfreien Städte umgesetzt (140 Punkte). Mit 550 Punkten lag der Hebesatz um 100 Punkte über Rostock. „Steuererhöhungen sind politisch unangenehm, aber langjähriger Einnahmeverzicht verschärft die Haushaltskrise“, sagt Geißler.

Ein Abbau der Kreditbelastung ist für die hoch verschuldeten und oftmals schrumpfenden Kommunen in Deutschland allein kaum möglich, so der Finanzreport. „Ein Ausweg kann allenfalls langfristig gefunden werden. Aus dieser Spirale führt nur ein gemeinsamer Kraftakt von Bund, Ländern, Kommunen und Bürgern“, sagte Geißler. Einiges sei auf den Weg gebracht. So habe der Bund die Kommunen bei den Sozialausgaben entlastet. Das Land gründete einen Entschuldungsfonds.

Das Auslaufen des Solidarpaktes stellt die Kommunen in Mecklenburg-Vorpommern vor große Herausforderungen. Die Zuweisungen des Landes werden drastisch sinken. Die Steuerkraft bleibt gering. Hinzu treten die Folgen der Bevölkerungsverluste, die zu geringeren Einnahmen bei oftmals konstanten Ausgaben führen. „Die langfristige Stabilisierung der Kassenkredite gleicht einer Herkulesaufgabe“, sagte René Geißler.

Zur Methodik des Kommunalen Finanzreports:

Der Kommunale Finanzreport 2013 analysiert die kommunalen Haushalte auf der Einnahme- und Ausgabeseite. Gemeinden und Gemeindeverbände werden für die jeweiligen Länder zusammengefasst, um strukturelle Unterschiede zwischen den Ländern aufzudecken. Grundlage sind die amtlichen Statistiken des Statistischen Bundesamtes. Die Kennzahlen werden jeweils pro Einwohner angegeben. Einzelne Städte und Gemeinden analysiert der Finanzreport nicht. Umfangreiche Kennzahlen für die einzelnen Kommunen (ab 5.000 Einwohner) bietet das Datenportal www.wegweiser-kommune.de.

**Rückfragen an: René Geißler, Telefon: 0 52 41 / 81-81 467
E-Mail: rene.geissler@bertelsmann-stiftung.de**

**Die komplette Studie, Pressemitteilungen für die einzelnen Bundesländer und
Presse-Grafiken finden Sie unter www.bertelsmann-stiftung.de**